

Niederschrift

zur 22. öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirates
(Sitzung Nr. 6/2013)
am Dienstag, 05.11.2013,
um 19:30 Uhr im Raum Tramin (Zi.Nr. 300), Rathaus Urberach

Anwesend sind:

Frau Sadiye Aslan
Frau Yeliz Basar
Herr Tamer Cavus
Frau Zahide Demiral
Frau Perihan Demirdöven
Herr Engin Karadeniz
Herr Fedai Öztürk
Herr Roland Kern
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Junge
Herr Tobias Kruger
Herr Friedhelm Mersmann
Herr Peter Schröder
Herr Peter Netz
Herr Thomas Mörsdorf
Frau Brigitte Beldermann
Herr Manfred Rädlein

Es fehlen:

Frau Nurcan Baba
Herr Metin Celik
Herr Tuna Firat
Frau Assia Fqihi-Böhme
Herr Selahattin Karademir
Herr Jörg Rotter

entschuldigt

entschuldigt

Zuhörer: 1

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 3.9.2013 Anlage)
- TOP 3 Antragsrecht des Ausländerbeirats (mit Anlagen)
- TOP 4 Integrationsbeauftragte/r der Stadt Rödermark (mit Vorschlag)
- TOP 5 Doppelte Staatsbürgerschaft, Sachstand
- TOP 6 Neufassung der Friedhofssatzung (mit Anlage)
- TOP 7 Mitteilungen
- TOP 8 Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt ordnungsgemäße Einladung und Beschlussunfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 3.9.2013 Anlage)

Die Niederschrift vom 3.9.2013 wird ohne Änderung genehmigt.

zu 3 Antragsrecht des Ausländerbeirats (mit Anlagen)

Der Vorsitzende bittet Bürgermeister Kern um die Darlegung der Rechtslage. Bürgermeister Kern verweist zunächst auf die von ihm versendete e-mail, die einen Überblick über die gesetzlichen Vorgaben nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) verschaffen und führt anschließend aus, dass beim Zustandekommen des Gesetzes im Jahr 1992 der damalige Innenminister Günther (SPD) gegen das Antragsrecht des Ausländerbeirats verfassungsrechtliche Bedenken angeführt hatte und sich stattdessen für ein alternatives Initiativrecht, das Vorschlagsrecht, aussprach. Das Vorschlagsrecht wurde anschließend als Recht der Ausländerbeiräte in die HGO aufgenommen. Bürgermeister Kern teilt zudem mit, dass die Kommunalaufsicht sich die Prüfung einer geänderten Hauptsatzung/Geschäftsordnung vorbehalten hat.

Der Vorsitzende bittet um Stellungnahmen der Fraktionen:

- Für die Freien Wähler trägt Stadtverordneter Schröder vor, dass sich der Antrag der Freien Wähler durch die Darstellung der Rechtslage durch den Bürgermeister erledigt hat.
- Fraktionsvorsitzender Junge, SPD, teilt mit, dass die SPD ihren Antrag zurückzieht, wenn der Ausländerbeirat an seinem Vorschlag, ein Antragsrecht zu gewähren, nicht weiter festhalten sollte.
- Fraktionsvorsitzender Gensert, CDU, schlägt vor, über Konkretisierung des Vorschlagsrechts nachzudenken und im Gegenzug auf einer Einführung des Antragsrechts zu verzichten.
- Diesem Vorschlag greifen Stadtverordneter Mersmann (AL/Die Grünen) und Fraktionsvorsitzender Kruger (FDP) sowie die anderen Fraktionen positiv auf. Für die Stadtverordnetenversammlung soll ein interfraktioneller Antrag formuliert werden.
- Vorschläge des Ausländerbeirats und Seniorenbeirats sollen künftig auch über das Bürger/Ratsinformationssystem abrufbar sein.

zu 4 Integrationsbeauftragte/r der Stadt Rödermark (mit Vorschlag)

Für die Fraktionen der FDP und der FWR teilt Herr Kruger mit, dass auf Grund der neuen Sachlage ein neuer Antrag gestellt werden wird, der die Einführung eines „KW“-Vermerks (künftig wegfallend) für die Stelle der Integrationsbeauftragten zum Inhalt haben wird.

Der Vorsitzende erläutert den Vorschlag des Ausländerbeirats, die vorhandenen ½ Stelle in eine ganze Stelle umzuwandeln. Auf Anfrage gibt Bürgermeister Kern einen Überblick über die Überstundenzahlen der Integrationsbeauftragten.

Aus dem Meinungsbild ergibt sich zum Vorschlag folgendes Ergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: /

Enthaltung: 1

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen wird und ein rechtswirksamer Beschluss unabhängig von der Beschlussfähigkeit gefasst werden kann.

zu 5 Doppelte Staatsbürgerschaft, Sachstand

Auf Bitte der Geschäftsführerin Frau Basar gibt Herr Gensert einen Überblick über die Diskussionen zur doppelten Staatsbürgerschaft auf Bundesebene, die zu einer Tolerierung einer doppelten Staatsbürgerschaft führen könnte. Die weitere Entwicklung bleibe jedoch abzuwarten.

zu 6 Neufassung der Friedhofssatzung (mit Anlage)

Der Vorsitzende bittet Bürgermeister Kern um Informationen zum vorgelegten Entwurf der Friedhofssatzung. Bürgermeister Kern weist darauf hin, dass

- in der Neufassung der Friedhofssatzung keine Unterscheidungen nach dem Bestattungsritus, sondern ausschließlich nach der Art des Grabes getroffen werden,
- die Parzellierung der muslimischen Grabfelder beschlossen wurde, der DITIB in Kenntnis gesetzt und ein Imam eine Abnahme vornehmen soll,
- die Beschlussfassung zur Bestellung eines Steinkatafalks zunächst verschoben wurde und
- für die (gesetzlich geregelte) Bestattung ohne Sarg noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht mit der Zielsetzung einer Beratung in der nächsten Sitzung des Ausländerbeirats

zu 7 **Mitteilungen**

Auf folgende Termine wird hingewiesen:

- Empfang des Kreisausländerbeirats am 10.11.2013 in Dietzenbach
- Fachtagung der AGAH am 14.12.2013 zum Islamunterricht in Dietzenbach

zu 8 **Verschiedenes**

Frau Basar verliest den Entwurf einer Resolution, die am 12.11.2013 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden soll. Die Resolution wendet sich gegen die Aufhebung des Durchfahrtsverbotes für LKW für die B 486 und die L 3097.

Die Abstimmung über den Resolutionstext ergibt folgendes Ergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: /

Enthaltung: /

Bürgermeister Kern dankt dem Ausländerbeirat für das einmütige Votum.-

Frau Demiral informiert auf Bitte des Kreissozialdezernenten Herrn Müller über notwendigen Aufnahmen von Flüchtlingen in den Kreiskommunen. Die bisher bekannten Zahlen von 200 Menschen für das Jahr 2013 und 500 Menschen für das nächste Jahr werden sich noch erhöhen.

Bürgermeister Kern teilt dazu mit, dass der Magistrat bereits informiert ist und die Kommunalen Betriebe Rödermark mit der Prüfung von Unterbringungsfragen beauftragt wurde.

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Für die Richtigkeit:


Thomas Mörsdorf
Schriftführer

gez.
Engin Karadeniz
Vorsitzender